SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DAS VERFEHLTE HOCHSCHULGESETZ COMITÉ SUISSE CONTRE UNE POLITIQUE UNIVERSITAIRE DÉMESURÉE

Postfach 4059 3001 Bern PC 30 - 6064

Abstimmungsaufruf

NEIN ZUM VERFEHLTEN HOCHSCHULGESETZ

Das am 28. Mai zur Abstimmung gelangende "Hochschul- und Forschungsförderungsgesetz" brächte nicht nur keinen Fortschritt, sondern würde sich aus folgenden Gründen zum <u>nationalen Schaden</u> auswirken:

- . <u>Der Sparwillen</u> des Schweizervolkes hat sich in verschiedenen Abstimmungen der jüngsten Zeit manifestiert; wir dürfen deshalb nicht hinnehmen, dass die Bundessubventionen für Hochschulen um jährlich <u>Hunderte von Millionen Franken</u> erhöht werden und weitere Ausgaben von unbekannter Höhe für Bund und Kantone zu erwarten sind.
- . <u>Eine Hochschulbürokratie</u> hat sich bereits heute entwickelt, die Millionen kostet und ihre Existenzberechtigung durch immer neue Forderungen "beweisen" will; sie könnte die notwendigen Koordinationsaufgaben ohne Mühe übernehmen, denkt aber nicht an Abbau, sondern an weitere Aufblähungen.
- . <u>Das schweizerische Bildungssystem</u> mit ausgezeichneter Volksschule und weltweit anerkannter Berufsausbildung für Arbeiter, Handwerker, Kaufleute und Techniker darf nicht durch übertriebenen Ausbau der Hochschulen geschwächt werden; mehr Geld für die Akademiker heisst weniger für alle andern!
- . Das akademische Proletariat ist zur grossen politischen und wirtschaftlichen Belastung unserer Nachbarländer geworden; wir wollen eine ebenso fatale Entwicklung in der Schweiz vermeiden und lehnen es als Steuerzahler ab, durch einen übersetzten Hochschulausbau arbeitslos werdende Akademiker zu produzieren, die uns wie in den 30er Jahren grosse Schwierigkeiten bereiten.

- Der "Studentenberg", hervorgerufen durch einige geburtenstarke Jahrgänge, darf nicht als Vorwand benutzt werden, um übertriebene Forderungen durchzudrücken; eine elastischere Ausnützung von Gebäuden und Dozenten vor allem bei der ETH und in den naturwissenschaftlichen Fächern bietet grosse Auffangmöglichkeiten.
- . Der <u>Numerus clausus</u> wird seit Jahren als Schreckgespenst hochgespielt; er ist aber insbesondere in der Medizin nicht eine Frage des Geldes, sondern der Kliniken- und Assistentenstellen und der späteren <u>Berufschancen</u>; es gibt nichts Unmenschlicheres als einen jungen Menschen ein ganzes Studium absolvieren zu lassen, ihm aber die Berufsausübung wegen Ueberzahl zu verunmöglichen.
- . <u>Das verfehlte Gesetz</u> stammt aus einer Zeit allgemeiner Bildungseuphorie und wird vor allem von jenen Kreisen unterstützt, die sonst unsere Leistungswirtschaft ständig angreifen und heruntermachen.

Nachdem der <u>Bildungsartikel</u> im März 1973 in der Volksabstimmung gescheitert ist, hat der Bund keine Kompetenzen zur direkten Einflussnahme auf die kantonalen Hochschulen; diese besitzen heute schon die Möglichkeiten, ihre Aufgaben besser zu koordinieren und günstige Abkommen mit Nichthochschulkantonen abzuschliessen. Mit dem verfehlten Hochschulgesetz möchte die Bundesbürokratie über hohe Subventionen die kantonalen Universitäten in eine <u>totale Abhängigkeit</u> bringen. Dagegen wehren wir uns. Die heutige Regelung genügt. Darum muss einer national gefährlichen Entwicklung Halt geboten werden. Mit einem klaren <u>Nein!</u>

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DAS VERFEHLTE HOCHSCHULGESETZ

Nationalrat Dr. W. Allgöwer, Basel (Präsident); Nationalrat Walter Baumann, Schafisheim; Me M. Eiéler, Genève; A.C. Bisegger, Baden; Me P. Bolomey, Lausanne; Nationalrat O. Bretscher, Andelfingen; A. Castelberg, Luzern; T. Chicherio, Schindellegi; W. Christen, Lyss; H. Coeytaux, Blonay; E. Culand, Villeneuve; J.P. Ding, Lausanne; H. Egger, Herisau; Nationalrat Dr. P. Eisenring, Erlenbach; Nationalrat R. Etter, Aarwangen; K. Fischer, Waldstatt; Nationalrat Dr. O. Fischer, Bern; Nationalrat K. Flubacher, Läufelfingen; Dr. X. Frei, Zürich; M. Gabriel, Winterthur;

G. Goumaz, Montreux; Nationalrat Dr. H.U. Graf, Bülach; H. Grüninger, Hallau; F. Häberli, Bern; Dr. Ed. Hensel, Zürich; H. Hoppeler, Biel; W. Hug, St. Gallen; Hs. W. Hürzeler, Aarau; Grossrätin J. Hodel, Luzern; Nationalrat O. Keller, Arbon; F. König, Zürich; H. König, Vevey; F. Küffer, St. Gallen; R. Léchot, Neuchâtel; Dr. F. Leibundgut, Bern; W. Marti, Hinterkappelen; Dr. F. Megnet, Rapperswil; G. Morisod, Vernayaz; A. Pierroz, Sion; H. Rieser, Bern; R. Rivier, Yverdon; Nationalrat H. Roth, Hard-Erlinsbach; F. Ritschard, Genève; Nationalrat H. Schalcher, Winterthur; H. Schärer, Hasle-Rüegsau; E. Schenker, Olten; Fürspr. P.A. Schranz, Bern; A. Sidler, Zug; H. Siegrist, Winterthur; Grossrat A. Sigrist, Zurzach; H. Stocker, Zürich; F. Schürch, Neuchâtel; Dr. W. Tschudin, Zürich; P. Ulmann, Basel; L. Ursprung, Brig.